

## Leitlinien der Alternative für Deutschland

### Präambel

Die Alternative für Deutschland ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Wir sind eine neue Partei mit einer neuen politischen Kultur, geprägt von Respekt vor jedem Menschen. Wir sind die Partei der sachlichen Diskussion, der demokratischen Teilhabe und der ideologiefreien Entscheidungen.

Im Interesse der Ziele der Partei, wie auch im Sinne dieser Verantwortung, sollen die vorliegenden Leitlinien allen Mitgliedern als Leitfaden für die uns allen gemeinsame Wertebasis dienen. Über diesen Kodex hinaus versteht die Partei die Einhaltung der Gesetze als Selbstverständlichkeit und als Verantwortung jedes Mitgliedes.

Diese Werte in konkrete Handlungen umzusetzen und dadurch eine ebenso effektive wie angenehme Arbeitsatmosphäre zu schaffen, sollen diese Leitlinien helfen. Sie sind eine Selbstverpflichtung, zu der sich jedes Mitglied durch seine Parteizugehörigkeit bekennt. Insbesondere den Funktionären obliegt dabei eine besondere Vorbild- und Aufklärungsfunktion.

### Umgang miteinander

**(1) Wenn nötig hart in der Sache, aber immer respektvoll im Ton.** Sowohl in innerparteilichen Auseinandersetzungen wie auch in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und unseren Kritikern pflegen wir einen Umgangsstil, der von gegenseitigem Respekt geprägt ist. Diesen Stil wollen wir auch dann beibehalten, wenn unsere Gegner und Kritiker diesen vermissen lassen. Letztlich schadet es der AfD, wenn sich ihre Mitglieder im Ton vergreifen.

**(2) Offen mit Lob, aber vorsichtig mit Kritik.** Öffentliche Bloßstellungen von Parteifreunden sind grundsätzlich zu vermeiden. E-Mails, in denen Kritik an einzelnen AfD-Mitgliedern oder bestimmten Gruppen innerhalb der Partei geübt wird, sollten sich grundsätzlich nur an den oder die Kritisierte(n) richten. E-Mails an unnötig große Verteiler führen häufig zu einer unerwünschten Eskalation des Konflikts.

Kritik ist in der ersten Stufe an den Kritisierten zu richten. Lässt sich der Streitpunkt dort nicht klären, ist die jeweils nächsthöhere Ebene in der Parteihierarchie einzuschalten. Bei Streitigkeiten zwischen Parteimitgliedern beispielsweise der jeweilige Kreisvorstand.

Soweit möglich sollte versucht werden, Kritik mündlich zu äußern, da schriftliche Kritik auch nach Jahren noch in falsche Hände geraten oder aus dem Zu-

sammenhang gerissen werden kann – zum Schaden sowohl für den Kritiker wie für den Kritisierten

- (3) Geduld und Nachsicht.** Die Alternative für Deutschland hat in kürzester Zeit eine beeindruckende Organisationsstruktur aufgebaut, durch die unzählige Menschen mit ihren Fähigkeiten zum Erfolg der Partei beitragen können. Dennoch sind wir eine junge Partei und fast alle Mitglieder unterstützen die Partei rein ehrenamtlich. Selbstverständlich machen Menschen auch Fehler und können nicht immer den Beruf dem Ehrenamt hintanstellen. Dies sollten wir akzeptieren und einander unterstützen, anstatt uns Fehler, die passieren, vorzuwerfen.

Missverständliche Äußerungen oder Verhaltensweisen von Parteifreunden deuten wir nicht negativ, sondern fragen nach und klären auf.

- (4) Effektive und effiziente Kommunikation.** Abstimmungsprozesse kosten sehr viel Zeit. In Diskussionen geht es darum, dass alle wesentlichen Aspekte genannt werden und nicht darum, dass jeder Teilnehmer alles sagt. Die Leistung einer Gruppe sinkt, wenn ihre Mitglieder bereits Gesagtes wiederholen.

## Öffentliche Kommunikation

- (5) E-Mail-Verteiler werden nur bedarfsgerecht verwendet.** E-Mails können mit einem Mausklick an unzählige Empfänger gesendet werden. Dies steht nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zum Inhalt der E-Mail. Daher dürfen E-Mail-Verteiler nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie gedacht sind. Spätestens, wenn einzelne Empfänger eines E-Mail-Verteilers dem (weiteren) Empfang von Mails dieses Absenders widersprechen bzw. sich beschweren, darf der Absender diesen Verteiler nicht mehr benutzen, bis er sich eine Zustimmung eingeholt hat.

- (6) Fairness im politischen Schlagabtausch.** Genau wie in der innerparteilichen Kommunikation ist auch eine unfaire Behandlung unserer politischen Gegner nicht im Sinne der Partei. Fairness gewähren wir auch dann, wenn sie uns nicht entgegengebracht wird. Wir wollen die Öffentlichkeit durch Seriosität und Integrität für uns gewinnen.

- (7) Klare Kommunikation in der Öffentlichkeit.** Mehrdeutige Aussagen in der Öffentlichkeit sind ein gefundenes Fressen für unsere Gegner. Auch Ironie ist leicht zu missbrauchen und sollte daher in der Regel vermieden werden.

- (8) Klare Unterscheidung der eigenen Meinungen von der innerparteilichen Beschlusslage.** Die AfD ist nicht die Partei des Einzelnen, sondern aller Mitglieder. Politische Arbeit in einer Partei heißt immer auch, sich bei einigen Punkten in der öffentlichen Äußerung zurückzunehmen, wenn die eigenen Anschauungen von denen der Partei abweichen. Zur Fairness zählt auch, bestehende Beschlusslagen (sowohl programmatische als auch andere) zu akzeptieren.

## Vertraulichkeit

- (9) **So transparent wie möglich, so vertraulich wie nötig.** Die Alternative für Deutschland tritt für eine Politik ein, in der Entscheidungen jederzeit nachvollziehbar sind. Alle wichtigen Informationen sollen allen Mitgliedern zugänglich sein. Andererseits ist es selbstverständlich notwendig, manche Entscheidungen nichtöffentlich zu beraten und zu beschließen (beispielsweise Personalfragen). Äußerungen in einem nichtöffentlich tagenden Parteigremium sind vertraulich zu halten und dürfen den Gremienmitgliederkreis nicht verlassen, es sei denn, die Mitglieder stimmen der Veröffentlichung zu.

## Diskriminierungsverbot

- (10) **Sachlichkeit anstatt Diskriminierung.** Die Alternative für Deutschland lehnt Diskriminierung in jeder Form ab. Dies betrifft insbesondere Diskriminierung wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Behinderung, Alter, Glaubensbekenntnis oder anderer persönlicher Merkmale.
- (11) **Extremismus wird nicht geduldet.** Die Mitgliedschaft in der AfD ist unvereinbar mit ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, islamfeindlichen, rechtsextremen und linksextremen Gesinnungen. Derartige Äußerungen stellen eine schwere Parteischädigung dar und führen zur Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens. Jedes Mitglied ist verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen oder Äußerungen Dritter vorzugehen bzw. Stellung zu nehmen.

## Umgang mit Parteiressourcen

- (12) **Parteiressourcen werden für politische Zwecke eingesetzt.** Um die Ziele der Partei zu erreichen und gegenüber Dritten glaubwürdig zu sein, dürfen Mittel der Partei oder staatliche Mittel niemals für private Zwecke eingesetzt werden. Dies gilt sowohl für Gelder, für Sachmittel, als auch für Personal- und alle anderen Ressourcen.
- (13) **Sparsamkeit mit Parteiressourcen.** Um wirksam zu sein, ist es notwendig, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln besonnen und sparsam umzugehen.

## Vorteilsannahme

- (14) Funktionäre und Amtsinhaber dürfen Zuwendungen - egal welcher Art - nur annehmen, wenn ausgeschlossen ist, dass diese als Gegenleistung für ein bestimmtes Verhalten gewährt werden. In Zweifelsfällen muss vor Annahme der Zuwendung die ausdrückliche vorherige Zustimmung des zuständigen übergeordneten Gremiums eingeholt werden.  
Des Weiteren gelten die Regelungen für Zuwendungen (Spenden, Mandatsträger- und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien.

## Vermeidung von Interessenkonflikten

- (15) **Parteiinteresse vor persönlichem Interesse.** Interessenkonflikte sollten nach aller Möglichkeit vermieden werden. Dies betrifft beispielsweise die Vergabe von Aufträgen an Verwandte oder Freunde oder die Besetzung von Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen. Die Besetzung solcher Gremien soll möglichst die parteiinterne Meinungsvielfalt widerspiegeln. Wenn Interessenkonflikte nicht vermieden werden können, sind sie so frühzeitig wie möglich bei der nächsthöheren Organisationsebene anzuzeigen.

## Durchsetzung der Regeln, Meldung von Verstößen

Jedes Mitglied ist verpflichtet, diese Leitlinien einzuhalten. Bei einer Abweichung davon soll zunächst das entsprechende Mitglied direkt angesprochen werden. Erst wenn dies zu keiner Klärung führt oder im Wiederholungsfall soll der Sachverhalt dem nächsthöheren Parteigremium vorgelegt werden. Falls die Streitfrage von keinem Parteigremium behoben werden kann, wird schließlich das jeweilige Schiedsgericht angerufen.

Mögliche Ordnungsmaßnahmen sind

- das Aussprechen einer Verwarnung
- Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit,
- Enthebung von Parteiämtern
- der Ausschluss aus der Partei.